



Bergbau in Betrieb. (Foto: Luis Adolfo Ovalles, CC BY-NC-ND 2.0)

Venezuela ist der größte Erdölexporteur Lateinamerikas. Obwohl das Land auch jenseits des Öls über reiche Rohstoffvorkommen verfügt, spielt der Bergbau bisher keine große Rolle. Neben der Förderung von Kohle im Westen des Landes, findet überwiegend Kleinbergbau im Süden statt. Doch nun könnte der großflächige Bergbau Fuß fassen: Ein von Präsident Nicolás Maduro im Februar 2016 unterzeichnetes Dekret schafft eine gigantische Bergbauzone im Süden Venezuelas.

Bergbau in Venezuela

Venezuela ist ein Erdölland. Politik und Wirtschaft stehen seit knapp 100 Jahren im Zeichen des fossilen Energieträgers. Mit etwa 300 Milliarden Barrel verfügt das Land über die größten derzeit bekannten Erdölvorkommen weltweit. Der Verkauf von Erdöl generiert mehr als 95 Prozent der Exporteinnahmen und ist für etwa die Hälfte der Staatseinnahmen verantwortlich. Pläne, die Wirtschaft zu diversifizieren sind regelmäßig gescheitert, zuletzt unter der Präsidentschaft des linksgerichteten Präsidenten Hugo Chávez (1999 bis 2013).

Der Bergbau hat demgegenüber kaum Bedeutung. Im westlichen Bundesstaat Zulia wird Kohle ausgebeutet, im südlichen Bundesstaat Bolívar fördern legale und illegale Kleinschürfer*innen sowie vereinzelt Bergbaukonzerne Mineralien (siehe Grafik 1). Der Anteil des Bergbaus am venezolanischen Bruttoinlandsprodukt ist mit 0,3 Prozent bisher verschwindend gering (siehe Grafik 2).

Doch das Potenzial ist sehr groß: Venezuela verfügt über bedeutende Vorkommen an Gold, Kupfer, Diamanten, Eisen, Bauxit und Coltan. Im Zuge des Preisverfalls der internationalen Rohölpreise und der seit 2013 andauernden Wirtschaftskrise in Venezuela, sieht der aktuelle Präsident und Chávez-Nachfolger Nicolás Maduro im Bergbau eine Chance, die Einnahmesituation des Staates zu verbessern. Per Dekret hat er im dünn besiedelten Süden des Landes ein Territorium von fast 112.000 km² als Bergbaugbiet deklariert (siehe Grafik 3). Dies entspricht zwölf Prozent der Landesfläche oder knapp einem Drittel der Fläche Deutschlands. Laut offiziellen Angaben sollen dort 20.000 direkte und 70.000 indirekte Arbeitsplätze entstehen. Schätzungen nach arbeiten im Kleinbergbau derzeit etwa zwischen 150.000 und 200.000 Personen.

Jahr	Eisen (in t)	Nickel (in t)	Aluminium (in t)	Bauxit (in t)	Gold (in kg)	Feldspat (in t)	Kohle (in t)
2011	10.625.600	25.700	330.000	2.454.767	4.608	76.726	2.611.436
2012	10.012.000	8.800	203.000	2.285.332	1.982	85.115	1.910.801
2013	7.278.800	5.800	171.200	2.341.155	1.675	91.054	1.229.309
2014	7.318.100	3.599	138.400	2.346.160	1.056	93.934	800.640
2015	7.615.100	3.707	119.511	991.810	558	75.527	801.697

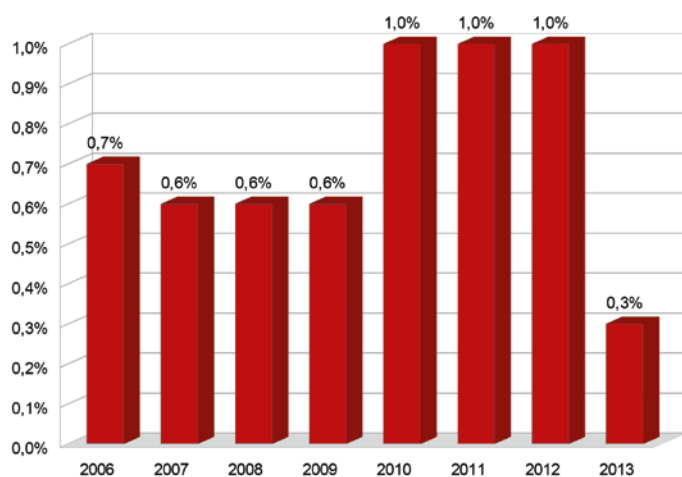
Grafik 1: Die Produktion der wichtigsten Bergbauprodukte in Venezuela, 2011–15 (Quelle: World Mining Data. Minerals Production, Wien 2017)

Venezolanische Bergbaupolitik

Der damalige Präsident Chávez hatte seit September 2005 sukzessive die staatliche Kontrolle über den Bergbausektor ausgebaut und neue private Projekte verhindert. Die Produktion der meisten Mineralien war daher in den vergangenen Jahren offiziell rückläufig, wenngleich über den informellen Bergbau keine gesicherten Zahlen vorliegen. Chávez' Nachfolger Maduro änderte jedoch die Bergbaupolitik. Eine geplante Ausweitung des Kohlebergbaus in Zulia mit chinesischem Kapital zog der Präsident zwar nach monatelangen Protesten im August 2015 wieder zurück. Eine Absage an den Bergbau bedeutete dies jedoch nicht: Am 24. Februar 2016 schuf Maduro per Dekret 2248 die „Nationale Strategische Entwicklungszone des Minenbogens des Orinokos“ (Zona de Desarrollo Estratégico Nacional Arco Minero del Orinoco). Der so genannte Minenbogen erstreckt sich überwiegend über den Norden des Bundesstaates Bolívar, umfasst aber auch Teile der angrenzenden Staaten Amazonas und Delta Amacuro. Chávez selbst hatte das Gebiet im Jahr 2011 abgesteckt, eine unmittelbare wirtschaftliche Erschließung war jedoch nicht geplant. Es lagern dort bedeutende Vorkommen an Gold, Kupfer, Diamanten, Eisen, Bauxit und Coltan, deren Gesamtwert die Regierung auf zwei Billionen US-Dollar schätzt. Die Rohstoffe sollen im offe-

nen Tagebau gefördert werden, allerdings ohne die Verwendung der giftigen Chemikalie Quecksilber. Erklärtes Ziel ist es, durch einen „umweltverträglichen Bergbau“ zur wirtschaftlichen, produktiven und sozialen Entwicklung des Landes beizutragen und die Abhängigkeit vom Erdöl zu verringern. Das Dekret ermöglicht es der Regierung, zahlreiche Sonderregeln für Unternehmen zu schaffen, darunter Vorzugsbehandlungen in den Bereichen Steuern, Bürokratie, Importe und Zölle.

Laut offiziellen Angaben wollen sich 150 Unternehmen aus 35 Ländern entweder direkt an der Ausbeutung beteiligen oder technisches Knowhow und Maschinen bereitstellen. Im August 2016 unterzeichnete die venezolanische Regierung Verträge über Investitionen im Wert von insgesamt zehn Milliarden US-Dollar. Neben einigen venezolanischen Firmen sind überwiegend transnationale Unternehmen wie die kanadischen Gold Reserve und Barrick International, die chinesische Yankuang Group, die italienische Bedeschi sowie die schweizerische Glencore involviert. Details über die Verträge sind nur im Fall Gold Reserve bekannt. Der kanadische Bergbaukonzern hatte zwischen 1992 und 2009 die Gold- und Kupfermine Las Brisas im Osten des Staates Bolívar ausgebeutet, bevor die Chávez-Regierung die Konzession entzog. Das



Grafik 2: Der Anteil des Bergbaus am Bruttoinlandsprodukt (Quelle: Minerals Yearbook, 2006–13)

Fläche	ca. 112.000 km ² (entspricht ca. 12 Prozent der Fläche Venezuelas)
Wichtigste vorhandene Mineralien	Gold, Kupfer, Diamanten, Eisen, Bauxit und Coltan
Geschätzter Gesamtwert	2 Billionen US-Dollar
Bisher zugesagte Investitionen	10 Milliarden US-Dollar
Interessierte Unternehmen	150 aus 35 Ländern
Anteil der Einnahmen, der in Sozialprojekte fließen soll	60 Prozent

Grafik 3: Nationale Strategische Entwicklungszone des Minenbogens des Orinokos (Quelle: Decreto de Creación de la Zona de Desarrollo Estratégico Nacional „Arco Minero del Orinoco, Ministerio de Desarrollo Minero Ecológico)

internationale Schiedsgericht der Weltbankgruppe ICSID sprach Gold Reserve daraufhin im Jahr 2014 eine Entschädigung in Höhe von 740 Millionen US-Dollar zu. Im Rahmen des neuen Vertrages zahlt Venezuela das Geld nun aus und erwirbt von Gold Reserve für weitere 240 Millionen Dollar die technischen Daten der Mine. Das Unternehmen tätigt im Gegenzug neue Investitionen in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar, gewährt Venezuela einen Kredit über weitere zwei Milliarden Dollar und wird erneut in Las Brisas sowie der benachbarten Mine Las Cristinas tätig werden.

Daneben ist lediglich bekannt, dass alle Unternehmen Joint Ventures eingehen müssen, an denen der venezolanische Staat jeweils 55 Prozent hält. 60 Prozent der staatlichen Einnahmen sollen in Sozialprogramme fließen. Zudem kann sich das venezolanische Militär direkt an der Ausbeutung der Rohstoffe beteiligen. Noch vor Unterzeichnung des Dekretes wurde im Januar 2015 das militärische Rohstoffunternehmen Camimpeg gegründet. Trotz der umfangreichen Investitionszusagen bestanden im September 2017 nur vier Joint Ventures. Neben „Siembra Minera“, dem Zusammenschluss mit Gold Reserve, wurden drei Projekte für Coltan-Bergbau ins Leben gerufen. Von den insgesamt vier Joint Ventures arbeitet jedoch bisher nur „Parguaza“, eine Kooperation

mit dem im Bergbau bisher unerfahrenen venezolanischen Unternehmen Faoz. Im September 2017 meldete Parguaza die Förderung der ersten Tonne Coltan. Darüber hinaus hat die venezolanische Zentralbank zwischen April und September 2017 circa 3,5 Tonnen Gold von Kleinschürfer*innen erworben.

Ehemalige Regierungsanhänger*innen, umweltpolitische und indigene Gruppen sowie die rechte Opposition sprechen sich gegen die geplanten Bergbauaktivitäten und den Begriff „umweltverträglicher Bergbau“ aus. Die Ablehnung der rechten Opposition dürfte allerdings strategisch begründet sein, da die Regierungsgegner*innen ansonsten private Investitionen ausdrücklich befürworten.

Laut der Verfassung von 1999 müsste das oppositionell dominierte Parlament die geschlossenen Verträge eigentlich ratifizieren. Im Zuge des andauernden Machtkampfes in Venezuela wurde das Parlament im August 2017 allerdings weitgehend entmachtet. Eine neu gewählte Verfassungsgebende Versammlung hat sich die Gesetzgebungskompetenz in zentralen Punkten übertragen. Präsident Maduro reichte dort bereits ein „Gesetz für die Entwicklung des Minenbogens“ zur Beratung ein, um die geplanten Investitionen rechtlich abzusichern.

Auswirkungen des Bergbaus

Wie überall hat der Bergbau auch in Venezuela gravierende Auswirkungen auf Menschen und Umwelt. Der Kohleabbau in Zulia verschmutzt Luft und Wasser und stellt eine Gefahr für die Wasserversorgung des bevölkerungsreichen Großraum Maracaibo dar. Im südlichen Bundesstaat Bolívar ist der bisher verbreitete Gebrauch von giftigen Chemikalien im illegalen Kleinbergbau ein Risiko für Anwohner*innen, Flora und Fauna.

Das Gebiet des Minenbogens im Süden des Landes gilt als sensibles Ökosystem. Dort entfallen etwa acht

Millionen Hektar Fläche auf Wälder wie Imataca an der Grenze zu Guyana, La Paragua und El Caura. Auch befinden sich im Minenbogen circa 70 Prozent der Süßwasserquellen Venezuelas, die Einzugsgebiete der Flüsse Orinoko und Caroní sowie die wichtigsten Wasserkraftwerke des Landes. Die Ausweitung des Bergbaus betraf direkt den Lebensraum indigener Gruppen wie der De'áruwa, Mapoyo, Wayapopihíwi, E'ñepa und Ye'kuana. Eine in Artikel 129 der Verfassung vorgeschriebene Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstu-



Die Große Mine – El Callejón Minero. (Foto Luis Adolfo Ovalles, CC BY-NC-ND 2.0)



Die Schöne und das Biest – San Salvador de Paul wenige Kilometer von Auyan Tepuy (Foto: Luis Adolfo Ovalles, CC BY-NC-ND 2.0)

die wurde bisher nicht durchgeführt. Auch über die laut Artikel 120 der Verfassung und der ILO-Konvention 169 zum Schutze indigener Völker vorgeschriebene „freie, vorherige und informierte Konsultation“ der betroffenen Indigenen ist nichts bekannt. Selbst wenn giftige Chemikalien tatsächlich nicht oder nur in geringem Maße angewendet werden sollten, würde der Bergbau eine teilweise Entwaldung sowie hohen Wasserverbrauch und Wasserverschmutzung nach sich ziehen.

Wirtschaftlich betrachtet könnte die Regierung kurzfristig zwar zusätzliche Einnahmen erzielen. Von einer Diversifizierung der Wirtschaft oder Überwindung des

auf Erdöl basierenden, extraktivistischen Modells kann jedoch keine Rede sein. Vielmehr bleibt die Abhängigkeit von Rohstoffen und vom Kapital transnationaler Unternehmen bestehen. Da wirtschaftliche Aktivitäten bisher fast nur auf dem Papier zu verzeichnen sind und den privaten Unternehmen ausdrücklich Investitionsanreize wie Steuererleichterungen geboten werden, ist der wirtschaftliche Nutzen selbst auf kurze Sicht fraglich. Das Beispiel Gold Reserve zeigt, dass Venezuela inmitten einer tiefgreifenden Wirtschafts- und Versorgungskrise zunächst einmal mehr als eine Milliarde US-Dollar an das Unternehmen zahlen muss.

Konflikte und Kriminalisierung

Die Beobachtungsstelle für Bergbaukonflikte in Lateinamerika (OCMAL) zählt in Venezuela derzeit zwar lediglich einen von insgesamt 219 Konflikten in Lateinamerika. Dieser betrifft die Verschmutzung durch Gold Reserve. Der teilweise mafiös organisierte illegale Bergbau ist aber allgemein durch ein hohes Gewaltniveau geprägt. In der Vergangenheit kam es regelmäßig zu Massakern an Kleinschürfer*innen. In Tumeremo im Bundesstaat Bolívar etwa wurden im März 2016 mindestens 21 Arbeiter einer Goldmine ermordet. Zusammenstöße

zwischen Militärs, Polizei und informellen Schürfern mit tödlichem Ausgang gibt es immer wieder, zuletzt wurden im September 2017 mehrere Vorfälle aus Bolívar bekannt.

Mit der geplanten Ausweitung des Bergbaus ist es wahrscheinlich, dass die Konflikte zunehmen werden. In Artikel 25 garantiert das Dekret den im Minenbogen tätigen Unternehmen eine ungestörte Geschäftstätigkeit und legt fest, dass dem Abbau der Rohstoffe „kein privates Interesse“ entgegenstehen dürfe.

IMPRESSUM



Herausgeber:
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V.
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
www.fdcl.org

Autor: Tobias Lambert
Layout: STUDIO114.de | Michael Chudoba
Druck: 15 Grad | Zossener Straße 55 | 10961 Berlin

Gedruckt auf 100% Altpapier aus CO₂ neutraler Produktion (Envirotop).



Diese Arbeit ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0).

FDCL-Verlag, Berlin 2017